



Detailansicht des Registereintrags

Andreas Hermes

Rechtsanwaltskanzlei Andreas Hermes

Aktuell seit 04.09.2026 11:43:06

Natürliche Person

Tätigkeit bis 09/22:

Abteilungsleiter

im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) oder dessen Geschäftsbereich

Registernummer: R007470

Ersteintrag: 08.07.2025

Letzte Änderung: 04.09.2026

Letzte Jahresaktualisierung: 24.06.2026

Tätigkeitskategorie: Anwaltskanzlei, Einzelanwältin oder
Einzelanwalt

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Mitgliedschaften (1):

1. Wirtschaftsrat der CDU e. V. - Landesverband Berlin-Brandenburg

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (17):

Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; Erneuerbare Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Arzneimittel; Gesundheitsversorgung; Lebens- und Genussmittelindustrie; Kommunikations- und Informationstechnik; Sonstiges im Bereich "Recht"; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Immissionsschutz; Klimaschutz; Rüstungsangelegenheiten; Automobilwirtschaft; E-Commerce; Industriepolitik

Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Als Rechtsanwalt berate ich meine Mandanten in strategischen, rechtlichen und verfassungspolitischen Fragen, analysiere Rechts- und Regulierungsfragen in der EU und ihren Mitgliedstaaten und erarbeite gelegentlich Stellungnahmen. Im Bereich der Interessenvertretung bin ich vorwiegend rechtsberatend tätig. Dazu gehören im Rahmen meiner Beratungstätigkeit die Vermittlung von sachgerechten Informationen. In Ausnahmefällen nehme ich dafür schriftlich und /oder mündlich Kontakt zu Organen, Mitgliedern, Fraktionen oder Gruppen des Deutschen Bundestages und Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien auf.

Konkrete Regelungsvorhaben (5)

1. Gesetz zur Änderung des TKG und zur Verbesserung der telekommunikationsrechtlichen Rahmenbedingungen für den TK-Netzausbau

Beschreibung:

Das TKG sollte wesentliche Verbesserungen für die Möglichkeiten des Netzausbaus, der digitalen Infrastruktur und Erleichterungen bei bürokratischen Hürden enthalten. Weitere Themen, die in diesem Zusammenhang behandelt werden, sind u.a. der mehrfache Ausbau von Glasfasernetze sowie die Kupfer-Glas-Migration.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Eckpunkte für ein Gesetz zur Änderung des TKG und zur Verbesserung der telekommunikationsrechtlichen Rahmenbedingungen für den TK-Netzausbau

Datum des Referentenentwurfs: 01.07.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

TKG 2021 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603300125 (PDF - 31 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.03.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. Änderung des MessbG

Beschreibung:

Mit der Änderung im § 6 MessbG sollen Preisobergrenzen für wettbewerbliche Messstellenbetreiber für die Sparte Strom eingeführt werden. Ziel der Interessenvertretung ist eine marktgerechte und marktwirtschaftliche Ausgestaltung der Preisobergrenzen, die einen Interessenausgleich zwischen wettbewerblichen Messstellenbetreibern, Eigentümern und Mietern sicherstellt.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 383/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

MessbG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

3. Unterstützung des gesundheitspolitischen Ziels der Bundesregierung einer flächendeckenden Versorgung mit Arzneimitteln

Beschreibung:

In der derzeitigen Ausgestaltung der Apothekenreform werden etablierte, bewährte und verlässliche flächendeckende Versorgungsstrukturen für Arzneimittel mit zusätzlichen regulatorischen Anforderungen belastet. Dies steht im Spannungsverhältnis zu den gesundheitspolitischen Zielen einer Entbürokratisierung sowie der langfristigen Sicherstellung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung.

Referentenentwurf:

Verordnung zur Änderung der Apothekenbetriebsordnung und weiterer Verordnungen (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 20.10.2025

Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

Interessenbereiche:

Arzneimittel [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

4. **Revision des Europäischen Emissionshandelssystems**

Beschreibung:

Im Rahmen der anstehenden Reform des EU-Emissionshandelssystems (ETS) wird die Sicherstellung von Bestandsschutz, Rechtssicherheit und Investitionssicherheit für betroffene Unternehmen gefordert. Änderungen am bestehenden Rechtsrahmen sollten die Verlässlichkeit bereits getätigter Investitionen nicht beeinträchtigen und planbare Rahmenbedingungen gewährleisten. Ziel ist die Wahrung stabiler und vorhersehbarer regulatorischer Bedingungen im europäischen Industrie- und Klimaschutzkontext.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

5. **Maßnahmen gegen Territoriale Lieferbeschränkungen**

Beschreibung:

Angesichts der erheblichen Binnenmarkthindernisse und hohen Kosten durch territoriale Lieferbeschränkungen sollte sich auf europäischer Ebene für einen Legislativvorschlag eingesetzt werden, der solche Praktiken wirksam unterbindet und den freien Warenverkehr sowie fairen Wettbewerb stärkt.

Interessenbereiche:

EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (1)

1. **Auftrag**

Im Rahmen des Auftrags zur Unterstützung der Aufträge der EUTOP Group berate ich in diversen strategischen, rechtlichen und verfassungspolitischen Fragen, analysiere Rechts- und Regulierungsfragen in der EU und ihren Mitgliedstaaten, erarbeite gutachtliche Stellungnahmen und ordne Sach- und Rechtslagen adressatengerecht ein. Dies betrifft insbesondere die Mandate Bundesnotarkammer, Hitachi Energy Ltd., EDEKA Zentrale Stiftung & Co. KG, Deutsche Post AG, Techem, Deutsche Telekom AG & Uniper SE. Tätigkeiten im Sinne einer Interessenvertretung beschränken sich auf Rechtsberatung, wie z. B. die Vermittlung von sachgerechten Informationen. Dazu werden in Ausnahmefällen Kontakte zu Organen, Mitgliedern, Fraktionen oder Gruppen des Deutschen Bundestages und Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien aufgenommen.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Arzneimittel, Außenwirtschaft, Automobilwirtschaft, E-Commerce, Erneuerbare Energien, EU-Binnenmarkt, EU-Gesetzgebung, Gesundheitsversorgung, Immissionsschutz, Industriepolitik, Klimaschutz, Kommunikations- und Informationstechnik, Lebens- und Genussmittelindustrie, Rüstungsangelegenheiten, Sonstiges im Bereich "Recht", Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"

Konkrete Regelungsvorhaben: Gesetz zur Änderung des TKG und zur Verbesserung der telekommunikationsrechtlichen Rahmenbedingungen für den TK-Netzausbau, Änderung des MessbG, Unterstützung des gesundheitspolitischen Ziels der Bundesregierung einer flächendeckenden Versorgung mit Arzneimitteln, Revision des Europäischen Emissionshandelssystems, Maßnahmen gegen Territoriale Lieferbeschränkungen

Auftraggeber/-innen (1):

1. EUTOP Europe GmbH (EUTOP)

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen:

Der Auftrag zur Interessenvertretung wird selbst ausgeführt

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro